

gehend einheitliche Preisverlauf schlägt sich im Preisindex für Ernährung ohne Kartoffeln, Gemüse, Obst und Südfrüchte nieder, nachdem von Dezember 1957 bis Juni 1958 ein Rückgang um 0,8 vH und von Juni bis Dezember 1958 ein Anstieg um 2,6 vH nachzuweisen ist. Daß im vierten Vierteljahr 1958 die Aufwärtsbewegung etwas schwächer war als im dritten, ist allein auf eine entsprechende Veränderung der Eierpreise zurückzuführen (Juni bis September: + 14,3 vH, September bis Dezember: + 8,4 vH).

In der Gruppe „Getränke und Tabakwaren“ gaben im Jahr 1958 die Kaffeepreise weiterhin nach, in Jahresfrist um 6,6 vH. Dem stand jedoch die Erhöhung der Bierpreise nach der gesetzlichen Freigabe gegenüber, und zwar zog der Bierpreis von Juli bis Dezember um 10,3 vH an.

In bezug auf die reinen Wohnungsmieten waren auf gesetzlicher Grundlage keine Veränderungen allgemeiner Art festzustellen. Der Anstieg des Gruppenindex für Wohnung um 1,4 vH im Jahr 1958 ist einestails auf Mietpreiserhöhungen in Einzelfällen – sei es auf Grund von Vereinbarungen zwischen Hausbesitzer und Mieter oder auf Grund von Mieterwechsel –, andernteils auf die regelmäßige Erweiterung des zu erfassenden Bestandes an Neubauwohnungen zurückzuführen. Weiterhin wurden örtlich die Gebühren für die Nebenleistungen heraufgesetzt, so daß für das Jahr 1958 folgende Veränderungen festzuhalten sind:

Wohnung	Veränderung in vH von Dezember 1957 bis Dezember 1958	
	Mieten einschließlich Nebenkosten	Nebenkosten
Altbauwohnung ohne Bad	+ 1,3	+ 12,5
Neubauwohnung mit Bad	+ 1,3	+ 9,8
Neustbauwohnung mit Bad	+ 1,6	+ 12,4

Schließlich haben sich die Reparaturen an der Wohnung entsprechend der Veränderung des Index „Ausbauarbeiten“ im Rahmen der Preisindexziffer für den Wohnungsbau innerhalb des Jahres um 2,3 vH verteuert.

Der Preisindex für Heizung und Beleuchtung stieg im Jahr 1958 fast von Monat zu Monat. Für Kohle betrug die gesamte Verteuerung 6,4 vH, wobei erst die Heraufsetzung der Preise für Braunkohlenbriketts am Jahresanfang ins Gewicht fiel. Weiterhin wirkte sich die Erhöhung der Frachttarife der Bundesbahn im Februar aus, und schließlich wurde in die Preise ein Barzahlungsskonto in Höhe von 3 vH einkalkuliert, der preisstatistisch unberücksichtigt bleibt. Der Einfluß der gewährten Sommerabbatte schlägt sich im Gruppenindex kaum nieder, weil besonders in den Sommermonaten die örtlichen Tarife für Strom und Gas in Bewegung gerieten. In Jahresfrist stieg der Preisindex für Gas um 8,9 vH, wovon neun der erfaßten 16 Gemeinden betroffen wurden. Der Bezug von elektrischem Strom wurde in elf der 18 erfaßten Gemeinden teuer, und zwar im Landesdurchschnitt um 7,1 vH.

In den Gruppen „Hausrat“ und „Bekleidung“ schwächte sich die Aufwärtsbewegung der Preise im Jahr 1958 ab, wobei für Bekleidung in der zweiten Jahreshälfte sogar eine leichte Neigung zu Preisabschlägen festzustellen war. Ober- und Unterbekleidung wurden im Durchschnitt am Jahresende 1958 um 0,5 vH bzw. um 0,2 vH billiger angeboten als am Jahresende 1957. Im übrigen weist jedoch der Jahresvergleich Preis-erhöhungen nach, die für Metallwaren 3,9 vH, für Porzellan-, Steingut- und Glaswaren 2,2 vH sowie für Schuhwerk und Besohlen 2,1 vH betrugen.

Die Preise für den Reinigungs- und Körperpflegebedarf erhöhten sich im Jahr 1958 durchschnittlich um 2,5 vH, wobei das Schwergewicht in der ersten Jahreshälfte lag. In Jahresfrist wurden die Friseurleistungen um 5,4 vH teurer, und die Preise für Seifen, Wasch- und Putzmittel zogen um 3,1 vH an.

In der Gruppe „Bildung und Unterhaltung“ machten sich die örtlichen Änderungen des Preises für den Kinobesuch bemerkbar, und zwar stieg im Jahr 1958 in acht der 18 erfaßten Gemeinden der Durchschnittspreis an. Hieraus ergibt sich für den Landesdurchschnittspreis eine Erhöhung um 4,1 vH. Der Preisindex für Papier- und Schreibwaren sowie Druck-erzeugnisse lag im Dezember 1958 um 0,3 vH höher als ein Jahr zuvor.

Mit + 12,4 vH weist die Bedarfsgruppe „Verkehr“ die größte Jahresveränderung auf. Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, für die die Beförderungspreise von Dezember 1957 bis Dezember 1958 um 19,1 vH angehoben wurden, wirkte sich die Heraufsetzung der Personenbeförderungstarife der Bundesbahn vom Februar 1958 an am stärksten aus. Hinsichtlich der örtlichen öffentlichen Verkehrsmittel werden in Baden-Württemberg die Tarife in neun Gemeinden beobachtet, von denen fünf im Berichtsjahr eine Neuregelung im Sinne einer Verteuerung vorgenommen haben. Weiterhin wurde die Gebühr zur Paketbeförderung erhöht, wodurch der Preisindex für Postgebühren im Jahr 1958 sich um 5,2 vH erhöhte. Schließlich verzeichneten die „eigenen Beförderungsmittel“ im Laufe des Jahres 1958 einen Preisanstieg um 1,8 vH.

Die stark differenzierte Preisentwicklung im Jahr 1958 hatte zur Folge, daß sich die Preisindizes für die einzelnen Verbrauchergruppen nicht im gleichen Maße aufwärts bewegt haben. Einer Veränderung um + 0,9 vH für die mittlere Verbrauchergruppe steht eine schwächere Erhöhung (um 0,4 vH) für die gehobene Verbrauchergruppe gegenüber. Der Preisindex für die untere Verbrauchergruppe ist von Dezember 1957 bis Dezember 1958 dagegen um 2,6 vH gestiegen. Hinsichtlich der mannigfaltigen Ursachen der überdurchschnittlich großen Erhöhung des Preisindex für die untere Verbrauchergruppe ist einmal die starke Gewichtung des Brotes und der Nahrungsmittel, die sich am Jahresanfang erheblich verteuerten, hervorzuheben, zum anderen sind die Mengenansätze der laufenden Käufe von Obst für die untere Verbrauchergruppe verhältnismäßig niedrig, so daß sich die außergewöhnliche Verbilligung der Äpfel der neuen Ernte weniger auswirkte.

Hans Schneider

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik im 2. Rechnungsvierteljahr 1958

Steuern, allgemeine Finanzaufweisungen und Umlagen

Den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Baden-Württemberg sind im Laufe des zweiten Rechnungsvierteljahres 1958 insgesamt 240 Mill. DM kassenmäßige *Steuereinnahmen* zugeflossen. Dieser Betrag liegt um 3,5 Mill. DM (– 1,4 vH) unter dem Aufkommen des Vorvierteljahres und um 14,8 Mill. DM (– 5,8 vH) unter dem des zweiten Rechnungsvierteljahres 1957. Da die Einwohnerzahlen des Landes inzwischen weiter gestiegen sind, bewirkt der Steuerausfall im Berichtsvierteljahr eine weitere Abnahme der Steuerleistung je Einwohner. Die nachstehende Entwicklung der kassenmäßigen *Steuerein-*

nahmen sowie die daraus errechneten Quoten je Kopf der Bevölkerung für die vorangegangenen Vierteljahre seit Beginn des Rechnungsjahres 1957 zeigen, daß auch im zweiten Rechnungsvierteljahr des Vorjahres das Steueraufkommen zurückgegangen war. Im einzelnen betragen die Einnahmen und Kopfbeträge im:

1. Rvj. 1957: 257,7 Mill. DM oder 35,97 DM je Einwohner
2. Rvj. 1957: 254,8 Mill. DM oder 35,57 DM je Einwohner
3. Rvj. 1957: 262,9 Mill. DM oder 36,70 DM je Einwohner
4. Rvj. 1957: 245,7 Mill. DM oder 34,29 DM je Einwohner
1. Rvj. 1958: 243,5 Mill. DM oder 33,35 DM je Einwohner
2. Rvj. 1958: 240,0 Mill. DM oder 32,87 DM je Einwohner

**Einnahmen aus eigenen Steuern und Finanzzuweisungen sowie Umlageausgaben der Gemeinden und der Landkreise
im 2. Rechnungsvierteljahr 1958**

Gebietskörperschaften Gemeindegrößenklassen ¹⁾	Zahl der Gemein- den und Kreise	Ein- wohner- zahl am 31. 12. 1957 in 1000	Steuern		darunter				Allge- meine Finanz- zuwei- sungen	Darunter Schlüssel- zuwei- sungen	Landes- fürsorge- u. Kreis- umlage- ausgaben	
			ins- gesamt	je Ein- wohner	Grundsteuer		Gewerbe- steuer nach Ertrag und Kapital ²⁾	Vergnü- gungs- steuer				Ge- meinde- getränke- steuer
					A ³⁾	B ³⁾						
1000 DM												
Kreisangehörige Gemeinden mit weniger als 1 000 Einw.	2 066	1 041	12 930	12,42	4 828	1 210	6 580	44	21	16 194	11 797	4 359
„ 1 000 bis unt. 2 000 „	714	1 011	15 177	15,01	3 295	1 844	9 603	127	26	14 022	10 561	4 625
„ 2 000 „ „ 3 000 „	236	588	12 539	21,33	1 402	1 688	9 010	179	91	6 815	5 913	3 294
„ 3 000 „ „ 5 000 „	175	679	16 118	23,74	1 404	2 160	11 941	328	46	6 999	6 269	3 756
„ 5 000 „ „ 10 000 „	113	798	24 778	31,07	1 244	3 555	18 867	584	163	7 938	6 910	5 269
„ 10 000 und mehr Einw. ..	67	1 500	64 637	43,09	821	8 796	51 875	1 726	474	9 496	8 024	12 392
Stadtkreise	9	1 685	89 501	53,11	407	11 935	70 116	2 431	1 398	25 044	8 243	1 780
Landkreise	63	5 617	4 354	0,78	—	—	—	—	—	16 546	8 881	5 033
Zusammen	3 443	7 302	240 032	32,87	13 401	31 188	177 994	5 419	2 220	103 055	66 599	40 508
Dagegen im 1. Rvj. 1958	3 443	7 302	243 528	33,35	14 560	33 954	178 498	5 328	2 011	75 905	54 248	33 745
Dagegen im 2. Rvj. 1957	3 444	7 165 ⁴⁾	254 844	35,57	13 408	29 998	194 341	5 495	2 426	88 309	56 624	35 005

¹⁾ Zuordnung der Gemeinden zu den Größenklassen nach dem Stand vom 25. September 1956 (Wohnungszählung) und dem Gebietsstand vom 31. März 1958.
²⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge bzw. Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen. — ³⁾ Einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — ⁴⁾ Fortgeschriebene Wohnbevölkerung vom 31. Dezember 1956. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Abnahme der kassenmäßigen Steuereinnahmen gegenüber dem zweiten Rechnungsvierteljahr 1957 betrifft sowohl die kreisangehörigen Gemeinden als auch die Stadtkreise. So ist das gemeindliche Steueraufkommen in den Stadtkreisen um 6,7 Mill. DM (– 7,0 vH) auf 89,5 Mill. DM und in den kreisangehörigen Gemeinden um insgesamt 8,3 Mill. DM (– 5,4 vH) auf 146,2 Mill. DM zurückgegangen. Innerhalb der kreisangehörigen Gemeinden waren, von einem geringfügigen Zuwachs bei den Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohner abgesehen, sämtliche Größenklassen am Einnahmerückgang beteiligt, am stärksten die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, auf die allein über die Hälfte (4,3 Mill. DM) des gesamten Steuerausfalls der kreisangehörigen Gemeinden fiel.

Das Aufkommen der Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) ist mit 13,4 Mill. DM etwa gleich groß geblieben; es hat sich auch in den einzelnen Größenklassen nur unwesentlich geändert.

Für die Grundsteuer B (sonstige Grundstücke) errechnet sich bei einem Steuerertrag im Berichtsvierteljahr von 31,2 Mill. DM gegenüber demselben Zeitraum 1957 ein Zuwachs von 1,2 Mill. DM (+ 4,0 vH), der ausschließlich durch geringe Zunahmen bei den kreisangehörigen Gemeinden, und zwar in sämtlichen Größenklassen, bedingt ist.

Demgegenüber sind die Gewerbesteuereinnahmen nach Ertrag und Kapital im Vergleich zum zweiten Rechnungsvierteljahr 1957 um 16,3 Mill. DM (– 8,4 vH) auf 178,0 Mill. DM stark abgefallen. Im einzelnen beträgt der Einnahmerückgang bei den Stadtkreisen 6,8 Mill. DM (– 8,9 vH) und bei den kreisangehörigen Gemeinden 9,5 Mill. DM (– 8,1 vH). Die bereits aufgezeigte Abnahme im gemeindlichen Steueraufkommen insgesamt sowie in den einzelnen Größenklassen beruht somit fast ausschließlich auf dem geringeren Aufkommen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Obwohl ein zahlenmäßiger Nachweis über die Ursachen dieser sich bereits in den vorausgegangenen Vierteln abzeichnenden Entwicklung beim Gewerbesteueraufkommen nicht möglich ist, kann vermutet werden, daß sich die am 1. Januar 1957 in Kraft getretene Gewerbesteuerenkung doch allmählich auszuwirken beginnt. Darüber hinaus wird die Abnahme noch durch veranlagungs- und zahlungstechnische Überschneidungen beeinflusst.

Die übrigen Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände waren mit 17,4 Mill. DM nur wenig höher als im zweiten Rechnungsvierteljahr 1957. Der von den Stadt- und Landkreisen erhobene Zuschlag zur Grunderwerbsteuer erbrachte 6,6 Mill. DM, die Vergnügungssteuer 5,4 Mill. DM, die Gemeindegetränkesteuer 2,2 Mill. DM, die Hundesteuer 2,1

Mill. DM und die sonstigen kleineren gemeindlichen Steuern zusammen 1,1 Mill. DM, darunter die Einwohnersteuer 0,9 Mill. DM.

Der Steuerrückgang gegenüber dem Vergleichsvierteljahr 1957 verteilt sich mit Ausnahme des Regierungsbezirks Südbaden, der seine Steuereinnahmen um 1,0 Mill. DM auf 46,7 Mill. DM (+ 2,1 vH) erhöhen konnte, nahezu gleichmäßig auf die übrigen Regierungsbezirke. In Nordwürttemberg ist das Aufkommen um 8,8 Mill. DM auf 104,8 Mill. DM (– 7,7 vH), in Nordbaden um 4,2 Mill. DM auf 52,6 Mill. DM (– 7,3 vH) und in Südwürttemberg-Hohenzollern um 2,9 Mill. DM auf 36,0 Mill. DM (– 7,4 vH) zurückgegangen.

Die Gegenüberstellung des Steueraufkommens im Berichtsvierteljahr mit dem um 3,5 Mill. DM geringeren Betrag des ersten Rechnungsvierteljahres 1958 zeigt, daß an dieser Abnahme sämtliche Realsteuern beteiligt waren. So haben die Grundsteuer A 1,2 Mill. DM (– 8,0 vH) und die Grundsteuer B 2,8 Mill. DM (– 8,1 vH) weniger eingebracht, was sich durch saisonbedingte Auswirkungen erklären läßt; denn in den Sommermonaten ist stets ein etwas geringeres Aufkommen an diesen beiden Steuern festzustellen. Der Rückgang an Gewerbesteuer betrug 0,5 Mill. DM (– 0,3 vH). Die sonstigen Steuereinnahmen verzeichnen demgegenüber eine Zunahme von insgesamt 0,9 Mill. DM (+ 5,6 vH), die – von wenig bedeutenden Verschiebungen bei einzelnen Steuern abgesehen – vor allem durch einen stärkeren Zuwachs des Zuschlags zur Grunderwerbsteuer verursacht wurde.

Gegenüber dem ersten Rechnungsvierteljahr 1958 ergeben sich für Südbaden (+ 3,1 Mill. DM) und für Nordbaden (+ 2,0 Mill. DM) Zunahmen, die jedoch nicht ausreichen, um den gleichzeitigen Steuerausfall der beiden württembergischen Regierungsbezirke (– 8,6 Mill. DM) aufzufangen.

Die steuerähnlichen Einnahmen der Gemeinden beliefen sich auf insgesamt 2,6 Mill. DM. Davon entfielen allein 1,5 Mill. DM auf die in den Urlaubsmonaten erhöht anfallenden Kurtaxen (einschließlich Kurförderungsabgaben), weitere 0,6 Mill. DM auf nichtverteilte Jagd-, Fischerei-, Schafweidepacht und Pferdegelder; die Verwaltungskostenzuschüsse der Bundesbahn und Bundespost erreichten 0,4 Mill. DM und die Zuweisungen aus Totomitteln 0,1 Mill. DM.

An allgemeinen Finanzzuweisungen wurden den Gemeinden und Gemeindeverbänden im zweiten Rechnungsvierteljahr 1958 insgesamt 103,1 Mill. DM überwiesen. Dieser erstmals innerhalb eines Vierteljahres die 100-Millionen-Grenze übersteigende Betrag liegt um 27,2 Mill. DM (+ 35,8 vH) über den Zuweisungen im ersten Rechnungsvierteljahr 1958 und um 14,7 Mill. DM (+ 16,7 vH) über den Zuweisungen des zweiten

Allgemeine Finanzzuweisungen im 2. Rechnungsvierteljahr 1958

Regierungsbezirk Land	Schlüssel- zuwei- sungen (§§ 10 u. 11 FAG)	Zweck- gebundene Zuweisungen (§ 8 Abs.1 FAG)	Bedarfszuweisungen aus dem		Sonstige Finanzzuweisungen		Zusammen
			Ausgleichs- stock (§ 16 FAG)	Kommunalen Notstock (§ 15 FAG)	Staatliche Gebühren ¹⁾	Entschädigungen an Grenz- gängerwohn- gemeinden ²⁾	
			1000 DM				
Nordwürttemberg	21 951	2 835	7 698	5 055	522	—	38 060
Nordbaden	17 164	1 564	2 017	8 561	543	—	29 847
Südbaden	15 660	1 641	868	1 847	817	376	21 210
Südwestfalen-Hohenzollern	11 824	1 493	122	—	499	—	13 938
Baden-Württemberg	66 599	7 533	10 705	15 463	2 380	376	103 055
Dagegen im							
1. Rvj. 1958	54 248	7 709	10 147	905	2 896	—	75 905
2. Rvj. 1957	56 624	7 092	10 759	13 812	—	—	88 309 ³⁾

¹⁾ Nach der Landkreisordnung § 63 Abs. 2. — ²⁾ Nach § 18 FAG. — ³⁾ Einschließlich 22(000) DM Übergangs-
härtestock (§ 19 FAG). — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Rechnungsvierteljahres 1957. Darin wirken sich zweifellos die Vergünstigungen aus, die sich im Finanzausgleich aus der Neufassung des Gesetzes vom 21. Januar 1958, insbesondere durch die Einführung der Sockelgarantie ergeben. Im Berichtsvierteljahr erfolgte die Abrechnung der Zuweisungen erstmals nach den neuen Bestimmungen. Im einzelnen waren die Schlüsselzuweisungen nach den §§ 10 und 11 FAG mit 66,6 Mill. DM um 10 Mill. DM höher als im gleichen Quartal 1957 und um 12,4 Mill. DM höher als im ersten Rechnungsvierteljahr 1958. Von den 26,2 Mill. DM Bedarfszuweisungen entfielen 15,5 Mill. DM auf den kommunalen Notstock (§ 15 FAG) und 10,7 Mill. DM auf den Ausgleichstock (§ 16 FAG). An zweckgebundenen Zuweisungen nach § 8 Abs. 1 FAG kamen 7,5 Mill. DM zur Verteilung. Die den Landkreisen vom Staat überlassenen Gebühren nach § 63 Abs. 2 der Landkreisordnung waren mit 2,4 Mill. DM um rund eine halbe Million DM geringer als im Vorvierteljahr. Ferner wurden auf Grund des § 18 FAG an Grenzgängerwohngemeinden 0,4 Mill. DM als Entschädigung für entgangene Gewerbesteuerzuschüsse überwiesen.

An Umlagen sind von den Gebietskörperschaften insgesamt 40,6 Mill. DM, darunter 33,7 Mill. DM als Kreisumlage und 6,7 Mill. DM als Landesfürsorgeumlage geleistet worden.

Bauinvestitionen

Trotz stärkerer Schuldaufnahmen sind die Investitionen für Neu- und Wiederaufbau, Erweiterungs- und Umbauten sowie große Instandsetzungen der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sowie der Gemeindeverbände gegenüber dem vorangegangenen Rechnungsvierteljahr lediglich um 4,1 Mill. DM

erhöht worden. Andererseits sind die Beträge, die für wirtschaftliche Unternehmen aufgebracht wurden – soweit in der Rechnung der Gemeinden und Gemeindeverbände nachgewiesen – um 5,8 Mill. DM auf 28,9 Mill. DM zurückgegangen. Die Zuschüsse und Darlehen für den Wohnungsbau verringerten sich um 2,4 Mill. DM auf 2,9 Mill. DM. Bei den restlichen Verwaltungszweigen sind ebenfalls Abnahmen zu verzeichnen, die jedoch nicht ins Gewicht fallen. Von den Stadtkreisen wurden insgesamt 68 Mill. DM investiert, das sind 11,7 Mill. DM weniger als im Vorvierteljahr. Die kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise haben demgegenüber bei fast allen Verwaltungszweigen erheblich mehr investiert. So wuchsen die gesamten Investitionsausgaben der hier erfaßten kreisangehörigen Gemeinden um 9,8 Mill. DM (+ 31,4 vH) auf 41,1 Mill. DM und der Landkreise um 5,8 Mill. DM (+ 37,1 vH) auf 21,5 Mill. DM an.

Schulden

Die inländischen Neuschulden, die seit der Währungsreform von den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sowie den Gemeindeverbänden aufgenommen wurden, erreichten am Ende des Berichtsvierteljahres 1318,9 Mill. DM. Die Netto-Schuldaufnahme, das ist die um die Tilgungsraten (16,7 Mill. DM) gekürzte Neuaufnahme von Schulden, beziffert sich bei einem Gesamtschuldenstand am Anfang des Berichtszeitraumes von 1269,4 Mill. DM auf 49,5 Mill. DM (+ 3,9 vH). Zweifelloso hat zu dieser Erhöhung die Auflockerung des Kapitalmarktes beigetragen. Von den gesamten Netto-Schuldaufnahmen in Höhe von 49,5 Mill. DM entstammt der größte Teil, nämlich 46,2 Mill. DM, aus Kreditmarktmitteln, 2,9 Mill. DM

Die Investitionen der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern¹⁾ und der Gemeindeverbände im 2. Rechnungsvierteljahr 1958

Art der Investitionen ²⁾	Stadtkreise		Kreisangehörige Gemeinden		Landkreise		Gemeinden und Gemeindeverbände ³⁾		Davon gedeckt durch zweckgebund. Zuweis. u. Darleh. v. Land(Bund)
	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	
Schulbau	9 085	13,4	8 817	21,4	3 798	17,7	21 700	16,6	3 434
Krankenhäuser usw.	4 750	7,0	1 670	4,1	5 234	24,4	11 654	8,9	602
Wohnungsbau	500	0,7	2 600	6,3	153	0,7	3 253	2,5	74
Zuschüsse und Darlehen für Wohnungsbau ⁴⁾	1 156	1,7	1 694	4,1	90	0,4	2 939	2,2	23
Straßenbau	12 024	17,7	9 401	22,9	9 103	42,4	30 872	23,6	2 773
Stadtentwässerung	5 374	7,9	5 999	14,6	—	—	11 372	8,7	1 072
Sonstige öffentliche Einrichtungen	5 111	7,5	2 703	6,6	187	0,9	8 000	6,1	321
Wirtschaftliche Unternehmen ⁵⁾	25 158	37,0	3 731	9,1	10	0,0	28 899	22,1	38
darunter									
Darlehen an Eigenbetriebe für Bau- investitionen	24 507	36,0	3 324	8,1	—	—	27 830	21,3	—
Trümmerbeseitigung	406	0,6	8	0,0	—	—	415	0,3	1 085
Sonstige Verwaltungszweige	4 420	6,5	4 487	10,9	2 896	13,5	11 804	9,0	791
Investitionen zusammen	67 984	100	41 110	100	21 470	100	130 908	100	10 213
Dagegen									
im 1. Rechnungsvierteljahr 1958	79 676	.	31 295	.	15 657	.	126 854	.	13 088
im 2. Rechnungsvierteljahr 1957	71 720	.	50 530	.	18 019	.	140 823	.	12 823

¹⁾ Nach dem Stand vom 25. September 1956 (Wohnungszählung). — ²⁾ Investitionsausgaben der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung (ohne Anteil-
beträge an die außerordentliche Rechnung. — ³⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — ⁴⁾ Nicht an Gebietskörperschaften. — ⁵⁾ Soweit in der Rechnung der
Gemeinden (Cv.) nachgewiesen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand der Neuschulden am 30. September 1958

Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene und noch geschuldete Beträge der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern¹⁾ und der Gemeindeverbände.

Art der Schulden	Stadt- kreise	Kreis- angehö- rige Ge- meinden	Land- kreise	Gemein- den und Gemeinde- verbände ²⁾
	1000 DM			
Schulden aus Kreditmarkt- mitteln	595 308	296 735	83 114	976 190
Schulden aus öffentlichen Sondermitteln	151 979	37 202	6 895	198 077
Schulden bei Gebietskörper- schaften	76 332	56 526	11 543	144 642
darunter Wohnbaukredite von Bund und Land	31 248	27 875	1 872	61 049
Schulden zusammen (ohne Kassenkredite)	823 619	390 464	101 552	1 318 909
Dagegen Stand				
am 30. Juni 1958	786 476	381 171	98 460	1 269 382
am 31. März 1958 ³⁾	778 660	376 184	97 719	1 255 839
Kassenkredite				
am 30. September 1958 ...	6 400	454	1 781	8 636

¹⁾ Nach dem Stand vom 25. September 1956 (Wohnungszählung). — ²⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — ³⁾ Ergebnisse der Schuldenstandstatistik zum 31. März 1958. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

aus öffentlichen Sondermitteln und 0,5 Mill. DM aus Mitteln von Gebietskörperschaften. Bemerkenswert ist die verstärkte Schuld Aufnahme im Regierungsbezirk Nordwürttemberg; hier stieg die inländische Neuverschuldung allein um 31,7 Mill. DM (+ 5,9 vH) auf 571,2 Mill. DM, während sich für alle übrigen Regierungsbezirke ein erheblich geringerer Zuwachs ergibt. Der Schuldenstand wuchs in Nordbaden um 9,4 Mill. DM auf 408,2 Mill. DM (+ 2,4 vH), in Südbaden um 5,9 Mill. DM auf 214,0 Mill. DM (+ 2,8 vH) und in Südwürttemberg-Hohenzollern um 2,5 Mill. DM auf 122,2 Mill. DM (+ 2,1 vH) an.

Persönliche Ausgaben

Die Gehälter und Löhne, die von den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern sowie von den Gemeindeverbänden im Laufe des Berichtsvierteljahres an ihre Bediensteten gezahlt wurden, sind mit 126,2 Mill. DM gegenüber dem ersten Rechnungsvierteljahr 1958 um 1,4 Mill. DM (+ 1,1 vH) gestiegen. Dabei sind die Beamtengehälter bei den hier erfaßten Gebietskörperschaften gegenüber den durch Nachzahlungen erhöhten Beträgen des Vorvierteljahres um insgesamt 1,9 Mill. DM (-5,5 vH) auf 33,0 Mill. DM zurückgegangen, während die Arbeiterlöhne mit 34,4 Mill. DM nahezu gleich groß geblieben sind und die Angestelltenvergütungen um 2,7 Mill. DM (+ 4,7 vH) auf 58,8 Mill. DM zugenommen haben. In den Regierungsbezirken ergibt sich ein annähernd gleiches Bild.

Persönliche Ausgaben¹⁾ der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern²⁾ und der Gemeindeverbände im 2. Rechnungsviertelj. 1958

Regierungsbezirk Land	Beamten- gehälter	Angest.- ver- gütungen	Arbeiter- löhne	Zu- sammen
	1000 DM			
Nordwürttemberg ³⁾	15 177	26 664	14 352	56 193
Nordbaden	10 326	15 879	9 709	35 914
Südbaden	4 335	8 275	5 485	18 095
Südwürttemberg-Hohenz. ⁴⁾ ..	2 833	7 199	4 387	14 419
Baden-Württemberg ⁴⁾	32 987	58 775	34 440	126 202
darunter				
Stadtkreise	22 025	28 534	17 154	67 714
Kreisangeh. Gemeinden ...	6 674	13 564	11 225	31 464
Landkreise	3 972	15 918	5 553	25 443
Dagegen im 1. Rvj. 1958	34 894	56 122	33 822	124 838
Dagegen im 2. Rvj. 1957	27 141	53 484	30 238	110 863

¹⁾ Ohne die der wirtschaftlichen Unternehmen und ohne Versorgungsbezüge.

— ²⁾ Nach dem Stand vom 25. September 1956 (Wohnungszählung). —

³⁾ Ohne Bezirksverbände (Württ. Landesfürsorgeverband und Landeskomunalverband der Hohenzollerischen Lande). — ⁴⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Bruno Lessing

Buchbesprechungen

A. Henrichs und Mitarbeiter: Der Weidebetrieb. Betriebsbilder der Deutschen Landwirtschaft, Band 2. DLG-Verlags-GmbH, Frankfurt a. M., 1958; 288 Seiten, kart. 5,20 DM.

Der Weidebetrieb mit hohem Grünlandanteil steht trotz seiner Einseitigkeit vor so schwierigen Problemen, wie sie der Ackerbaubetrieb in dieser Art nicht kennt. Da die Technisierung des Futterbaubetriebes mit seiner starken Viehwirtschaft im Vergleich zum Ackerbaubetrieb nur wenig Fortschritte gemacht hat, bringt der Ackerbaubetrieb bei der hochentwickelten Ackertechnik noch die höhere Rente. Neuzeitlich geführte Weidebetriebe holen allerdings in jüngster Zeit erstaunlich rasch auf und haben im Reinertrag manche Wirtschaftssysteme mit starkem Ackerbau bereits eingeholt, wenn nicht übertroffen.

Der intensiv bewirtschaftete Weidebetrieb mit hoher Milchleistung je Hektar bringt Reinerträge, die denen von Zuckerrübenbetrieben auf guten Böden entsprechen. Demgegenüber liegt der Durchschnittsertrag der Grünlandbetriebe im Bundesgebiet noch sehr niedrig. Wohl können weite Teile des westdeutschen Grünlandes nicht intensiv genutzt werden, weil sie zu naß oder zu trocken, zu hängig oder zu zersplittert und vielfach vom Hof zu weit entfernt sind; in den größeren Weidebetrieben stehen Kapitalmangel und arbeitswirtschaftliche Schwierigkeiten einer Intensivierung im Wege. In kleineren (Familien-) Betrieben sind vielfach Düngung und Winterfütterung rückständig. Die Rationalisierungsmaßnahmen sind für Kleinbetriebe andere als für Großbetriebe.

Mehrere Sachkenner behandeln alle Fragen des Vollweidebetriebs und der Grünlandwirtschaft, besonders auch die betriebswirtschaftlichen Probleme. Das flüssig geschriebene und klar gegliederte Buch enthält meist in Form übersichtlicher, nicht überladener Tabellen ältere und neueste Ergebnisse aus Praxis, Forschung und Wissenschaft.

Dr. Viktor Hönl

Behördenverzeichnis Baden-Württemberg 1959. 70. Jahrgang. Verlag Gr. Braun, Karlsruhe. 716 Seiten; flexibel gebunden 10,50 DM.

Da das vom Innenministerium im Jahr 1955 als Beilage zum Gemeinsamen Amtsblatt herausgegebene Behördenverzeichnis nicht mehr neu aufgelegt wird, ist das vorliegende Verzeichnis das einzige Nachschlagewerk dieser Art. Der Ministerpräsident nennt es in seinem Geleitwort ein Werk, „dessen Besitz und Studium sich für jeden lohnt“. Von Jahr zu Jahr wird der Inhalt reichhaltiger und ausgeglichener; im ganzen ist die bewährte und übersichtliche Gliederung beibehalten worden. Gegenüber der letztjährigen Ausgabe sind jetzt die Rundfunkanstalten am Schluß des Abschnitts „Kultusministerium“ und die Handwerkskammern sowie die Industrie- und Handelskammern beim Abschnitt „Wirtschaftsministerium“ aufgeführt. Der 16teilige Registerschnitt und das ausführliche Stichwortverzeichnis erleichtern den Gebrauch des trotz seines Umfangs von über 700 Seiten handlichen Behördenführers.

A. W.